

Bettina Behning

Die Schlichtung
in der kollektiven Arbeitsverfassung
der Bundesrepublik Deutschland



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Einleitung	1
Erster Teil	
Die Entwicklung des Schlichtungswesens	6
§ 1 Entstehung und Funktion der Schlichtung bis 1945	6
A. Die Anfänge der Schlichtung	7
I. Das Gewerbegerichtsgesetz von 1890 und das Entstehen von Einigungsämtern	10
II. Die vereinbarte Schlichtung in der Vorkriegsphase	13
III. Die Neuorientierung des staatlichen Schlichtungswesens im ersten Weltkrieg - Ausbildung der Einigungsfunktion	17
IV. Die Schlichtung auf der Grundlage der Tarifvertragsverordnung	21
B. Der Funktionswandel im Verlauf der Weimarer Republik	25
I. Die Einführung der Verbindlicherklärung durch die Demobilmachungsverordnungen 1919/1920	25
II. Der Entwurf der Schlichtungsverordnung von 1922	28
III. Die Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923	30
1. Die Vertragshilfe als neu formulierte Aufgabe der Schlichtung	33
2. Die eigentliche Intention - die Lohnsteuerung	37
IV. Der Bedeutungsverlust der tariflichen Schlichtung	40
V. Die Auflösung der Tarifautonomie durch ein Zwangsschlichtungssystem	42
VI. Zur Haltung der Koalitionen	49

VII. Der Ruhreisenstreit	54
VIII. Die Auflösung des Schlichtungswesens	59
 C. Schlichtung im Nationalsozialismus	 66
 D. Zusammenfassung und Ergebnis	 68
 § 2 Schlichtung in Deutschland nach 1945	 72
 A. Die Entwicklung des gesetzlichen Schlichtungswesens	 72
I. Das Kontrollratsgesetz Nr. 35	72
II. Die Schlichtungsgesetze der Länder	75
 B. Die Entwicklung autonomer Schlichtungsregelungen	 77
I. Der Versuch einer gesetzlichen bizonalen Regelung	77
II. Das Hattenheimer Abkommen von 1950	79
III. Die Musterschlichtungsvereinbarung der Sozialpartner	83
IV. Die jüngere Entwicklung	87
 C. Ergebnis	 94
 Zweiter Teil	
Grundlagen und Grenzen der Schlichtung	98
 § 1 Die Ausgestaltung des Schlichtungswesens	 100
 A. Die normierte Ausgangslage	 100
I. Die Schlichtungsgesetze	100
II. Das Schlichtungsrecht in den Landesverfassungen	101
III. Tarifvertragsrecht als Rechtsgrundlage des Schlichtungsrechts	103
IV. Die Europäische Sozialcharta	106

V.	Sonstige internationale Verträge	110
B.	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Schlichtung	112
I.	Die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	112
1.	Der Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 GG	112
2.	Die Kernbereichslehre des Bundesverfassungsgerichts	116
3.	Zum Umfang des Kernbereichs	119
4.	Kritik an der Kernbereichslehre	121
II.	Das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 GG)	123
§ 2	Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Schlichtung	126
A.	Staatliche Schlichtung vs. vereinbarte Schlichtung	126
B.	Die Zwangsschlichtung	131
I.	Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit	131
II.	Die Zwangsschlichtung in Notsituationen	141
1.	Allgemeines	142
2.	Zwangsschlichtung und Mindestarbeitsbedingungen	146
3.	Rechtsmißbräuchliches Verhalten und Zwangsschlichtung	152
III.	Notstandsfall und Zwangsschlichtung	155
C.	Zusammenfassung	159
§ 3	Freiheit zur Einleitung und Verpflichtung zur Schlichtung	161
A.	Koalitionsfreiheit als Verantwortung der Tarifvertragsparteien	166

I.	Öffentlicher Status und Tarifautonomie	168
II.	Tarifautonomie und Sozialstaatsprinzip	173
 B.	Ordnungsauftrag und Schlichtungspflicht	175
I.	Die Gemeinwohlbindung der Tarifvertragsparteien	176
1.	Materielles Gemeinwohl	176
2.	Gemeinwohl und Schlichtungszwang	179
3.	Prozedurales Gemeinwohl	183
II.	Das ultima-ratio-Prinzip	185
1.	Das ultima-ratio-Prinzip in Rechtsprechung und Lehre	187
2.	Zur Aufgabe des ultima-ratio-Prinzips	190
a.	Der Schutz der Allgemeinheit	190
b.	Der Schutz des Kampfgegners	194
aa.	Schadensverhütung	194
bb.	Sicherung der Verhandlungsfreiheit	197
c.	Zwischenergebnis	201
3.	Ultima-ratio-Prinzip und Schlichtungspflicht	202
a.	Warnstreik und Schlichtungspflicht	204
aa.	Der Warnstreik außerhalb des Geltungsbereichs des ultima-ratio-Prinzips	204
bb.	Der Warnstreik unter dem Gebot des ultima-ratio-Prinzips	207
cc.	Ultima ratio und Streikbeginn	211
b.	Erzwingungsstreik und Schlichtungspflicht	217
III.	Fazit	219

Dritter Teil	
zur Gestaltung einer Schlichtungsordnung durch den Gesetzgeber	222
§ 1 Obligatorische Schlichtung durch Gesetz?	222
A. Zur Regelungsverpflichtung des Gesetzgebers	225
I. Der Aufgabenbereich des Gesetzgebers	225
II. Zum Normsetzungsvorrecht der Tarifvertragsparteien	228
1. Tarifliche Regelungskompetenz für das Arbeitskampfrecht?	228
2. Die Auffassungen Säckers und Biedenkopfs	232
3. Richterrechtliche Arbeitskampfgrundsätze und tarifliche Gestaltungsmacht	233
B. Fazit	239
§ 2 Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit einer obligatorischen Schlichtung	240
A. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Schlichtungszwanges	240
B. Rechtspolitische Zweckmäßigkeit des Schlichtungszwanges	245
C. Die Grenzen gesetzgeberischen Handelns	248
I. Verhandlungspflicht und Schlichtungszwang	249
II. Die gesetzliche Einführung einer Abkühlungsphase	254
III. Die Einrichtung einer obligatorischen Friedenspflicht	258
IV. Die paritätische Besetzung der Schlichtungsstelle	265
V. Der Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle	269

VI. Die Fristenfrage	271
VII. Exkurs: Die Schlichtung im öffentlichen Dienst	276
§ 3 Chancen einer gesetzlichen Schlichtung - eine Schlußbemerkung	279
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	283